

# BLITZBRIEFING

04. August 2023

## 1) Unternehmenssteuer reformieren – Anreize für private Investitionen schaffen

### a) Sachverhalt

Die Landesregierung ignoriert die Sorgen der Unternehmen in Niedersachsen. Wir stecken mitten in einer Rezession. Hauptgrund sind vor allem die immer noch hohen Energiekosten, gleichzeitig machen die steigenden Zinsen Betrieben bei Investitionen das Leben schwer. Deshalb brauchen wir eine grundlegende Unternehmenssteuerreform. Anstatt Betrieben durch aufwendige Besteuerungsverfahren Liquidität zu entziehen, braucht es mehr Flexibilität im Bereich der Abschreibungen, flankiert mit öffentlichen Investitionen, um so Wachstumsimpulse zu setzen.

### b) Unsere Position

Im Landeshaushalt stehen an vielen Stellen Mittel zur Verfügung, die genau für solche antizyklisch wachstumsorientierten Investitionen eingesetzt werden könnten. Zum Beispiel in den Bereichen Wirtschaftsförderung, energetische Sanierung und allgemeine Rücklagen. Insgesamt sprechen wir hier von einer Summe von rund 1,5 Milliarden Euro. Außerdem fordern wir von der Bundesregierung und der Europäischen Union die Einführung sogenannter "Tax-Credits" nach US-amerikanischem Vorbild, also von Steuergutschriften für klimafreundliche Investitionen. Diese müssten allerdings, wie in den USA, an die Bedingung geknüpft sein, dass ein Mindestanteil kritischer Komponenten aus EU-Produktion oder durch Freihandelsabkommen mit der EU verbundenen Ländern stammt. Zudem ist eine Initiative des Landes beim Bund gefragt. Wir brauchen sofort eine Senkung der Steuerbelastung von Unternehmen, nicht nur durch Steuersenkungen, sondern auch durch Investitionsanreize, zudem einen Bürokratieabbau durch echte Digitalisierung, heißt u.a. endlich eine Zusammenführung ohnehin vorhandener Daten beim Thema Buchführung und mehr Wagniskapital für Start-Ups.

### c) Sprachregelung

Viele, gerade mittelständische Unternehmen und ihre Beschäftigten, machen sich große Sorgen um ihre Zukunft und Existenz. Die Betriebe leiden unter den hohen Energiekosten und steigenden Zinsen. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, sich beim Bund und der EU für Unternehmenssteuersenkungen einzusetzen, klimafreundliche Investitionen steuerrechtlich zu fördern und sich endlich für einen Bürokratieabbau durch echte Digitalisierung stark zu machen.

# BLITZBRIEFING

04. August 2023

## 2) Breitbandausbau

### a) Sachverhalt

Ab dem nächsten Jahr wird Niedersachsen den Breitbandausbau im Land nicht mehr finanziell fördern. „Der Haushalt ist eng“, sagt Rot-Grün, das Land müsse priorisieren. In den letzten Jahren war Niedersachsen vor allem durch die Anstrengungen des Digitalisierungsministers Bernd Althusmann beachtlich beim Ausbau vorangekommen, dazu beigetragen hat auch staatliche Förderung. Inzwischen steht rund 80 Prozent der Haushalte ein Gigabit-fähiger Anschluss zur Verfügung, mehr als doppelt so vielen wie 2018. Doch vor allem in dünn besiedelten Gebieten klaffen weiterhin Lücken, für knapp zehn Prozent ist bei bestenfalls 50 MBit/s Schluss.

### b) Unsere Position

Der Wegfall des Landesanteils trifft viele Gemeinden hart. Der geförderte Glasfaserausbau in Niedersachsen dürfte damit vorerst zum Erliegen kommen. Selbst wenn der Bund weiterhin die Hälfte der Förderung liefert und es letztlich egal ist, von wem die andere Hälfte getragen wird. Wir gehen davon aus, dass gerade die kleinen Kommunen im ländlichen Raum diesen Aufwand ohne das Land nicht stemmen können. Daher brauchen Sie diese Förderung. Daher sollte die Landesregierung auf die teure Wohnungsgesellschaft verzichten und diese Mittel schnell in den Breitbandausbau investieren.

### c) Sprachregelung

Eine Einstellung der bisherigen 25%igen Kofinanzierung des Landes Niedersachsen für die wichtige Breitbandförderung im Bereich der Grauen Flecken wäre ein fatales Signal für den Ausbau der digitalen Infrastruktur! Die Landesregierung spart an der falschen Stelle. Nach den neuen Förderbedingungen des Bundes fällt die sogenannte Aufgreifschwelle niedriger aus als bisher. So hätten mehr Kommunen von einer Förderung profitieren können. Digitalminister Olaf Lies muss daher dringend nachsteuern, damit insbesondere ländliche Gebiete hier nicht abgehängt werden.